

Patienten warten vergeblich

Europäische Kommission will Organspenden EU-weit besser koordinieren

Die Europäische Kommission hat am 27. Juni 2006 eine öffentliche Konsultation über zukünftige EU-Aktionen im Bereich der Organspende und Organtransplantation eingeleitet. Ziel ist es, die größten Probleme in Europa in diesem Bereich zu ermitteln und festzustellen, inwieweit die EU sinnvoll zu einer Lösung beitragen kann. Die Konsultation richtet sich an Beschäftigte im Gesundheitsbereich, Patientenorganisationen, Forschungsstellen, Regierungen, europäische Organe sowie Betroffene aus anderen Sektoren. Diese sollen angeben, was die EU aus ihrer Sicht zur Gewährleistung von Qualität und Sicherheit bei Organspenden tun kann.

In den letzten Jahrzehnten ist die Zahl der gespendeten Organe und durchgeführten Transplantationen in der Europäischen Union kontinuierlich gestiegen. Nichtsdestoweniger sind die Knappheit von Organspendern, der Organhandel und uneinheitliche Qualitäts- und Sicherheitsstandards wesentliche Hindernisse, die weiteren Fortschritten in diesem medizinischen Bereich entgegenstehen.

Organtransplantationen wurden erstmals in den 1950er Jahren durchgeführt – zunächst mit Nieren – und haben über die Jahre stetig zugenommen. Heute sind Transplantationen das wirksamste und manchmal einzige Mittel bei unheilbaren Nieren-, Leber-, Lungen- und Herzerkrankungen. Allerdings stellt die Knappheit an gespendeten Organen ein ernstes Problem dar. Fast zehn Menschen sterben täglich in Europa, während sie auf ein Organ warten. Die Sterblichkeitsrate von Patienten, die auf eine Herz-, Leber- oder Lungentransplantation warten, liegt zwischen 15 % und 30 %. In ganz Europa sind gegenwärtig rund 40 000 Patienten auf Wartelisten eingetragen.

Zudem bestehen zwischen den Ländern große Disparitäten hinsichtlich der Zahl der Organspender, die pro Mio. Einwohnern von 34,6 Spendern in Spanien bis 13,8 im Vereinigten Königreich, 6 in Griechenland und 0,5 in Rumänien reichen. Nur selten werden Organe zwischen den Mitgliedstaaten ausgetauscht, und auch die nationalen Vorschriften für Sicherheits- und Qualitätsverfahren sowie die organisatorischen Aspekte der Organtransplantation sind von Land zu Land recht verschieden.

Die Einstellung der Gesellschaft zur Organspende ist - kulturell und sozial bedingt - ebenfalls sehr unterschiedlich: So reicht die Ablehnung der Organspende durch Angehörige z.B. von 6% in Portugal bis zu 42% im Vereinigten Königreich. Darüber hinaus beeinflussen der Kenntnisstand der Öffentlichkeit zum Thema, eine uneinheitliche rechtliche Regelung der Zustimmung des Spenders und eine unterschiedliche Praxis bei der Registrierung und Zuteilung von Organen die Bereitschaft der Öffentlichkeit zur Organspende.

In dem von der Kommission veröffentlichten Konsultationspapier werden drei mögliche Szenarios für künftige EU-Maßnahmen in Bezug auf Organspenden und -transplantationen vorgestellt:

Zum einen könnten *eine Reihe von Basisprojekten* fortgeführt werden, ohne dass eine weitere Koordinierung und Intervention auf EU-Ebene erfolgt. Die Europäische Kommission unterstützt z.B. bereits die Schaffung eines europäischen Online-Registers für Organe, Zellen und Gewebe im Rahmen des Projekts „EUROCET“¹.

Außerdem gibt es mehrere Forschungsprojekte zum Thema Organspende und Organtransplantation: bei „ALLIANCE-O“ handelt es sich um ein Projekt zur Koordinierung nationaler und regionaler Forschungsprogramme. Ziel ist es, bereits laufende Forschungsarbeiten zur Organspende und –transplantation optimal zu nutzen, Doppelarbeit zu vermeiden und europaweite Transplantationsstrategien zu entwickeln. Das Projekt „DOPKI“² möchte durch die Verbesserung des Wissens und der Praxis der Organspende, das Spendepotenzial steigern. Beim Projekt „RISET“³ geht

¹ European Registry on Organs, Cells and Tissues: <https://www.eurodonor.org/eurocet/>

² Improving the Knowledge and Practice of Organ Donation: http://ec.europa.eu/research/fp6/ssp/dopki_en.htm

³ Reprogramming the immune system.

es um Forschungsarbeiten mit Blick auf das Immunsystem, die helfen sollen, die Abstoßung transplantierter Organe zu verhindern. Schließlich fördert das Projekt „BOTIA“⁴ die Sicherheit von Blut und Organen, indem eine Forschungsinfrastruktur aufgebaut wird, die neu entstehende Krankheitserreger beobachtet und neue Testverfahren entwickelt.

Als zweite Option schlägt die Kommission eine *aktive Koordination zwischen den Mitgliedstaaten in Bezug auf Qualität, Sicherheit und Verfügbarkeit von Organen vor*. Konkret soll eine europäische Struktur zur Förderung der aktiven Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten bei Organspende und –transplantation aufgebaut werden. Im Einzelnen könnten dazu die Ausarbeitung von (unverbindlichen) Leitlinien für Qualitäts- und Sicherheitsstandards, die Förderung europäischer Transplantationsregister, der Austausch von „Best Practices“ oder die verstärkte Ausbildung von Fachkräften in der EU gehören.

In einem dritten Szenario möchte die Kommission zusätzlich zur beschriebenen aktiven Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten verbindliche *EU-Rechtsvorschriften zu Qualitäts- und Sicherheitsstandards erlassen*. So könnte z.B. eine EU-Richtlinie Qualitäts- und Sicherheitsvorschriften für die Spende, Prüfung, Aufbewahrung, Transport und Weitergabe von Organen enthalten. Außerdem würde die Kommission auch die Möglichkeit von Vorschriften zur Bekämpfung des Organhandels prüfen, mit denen Verstöße definiert würden, die in allen Mitgliedstaaten strafbar wären.

Ein harmonisiertes Recht - etwa zur Spenderzustimmung - ist dagegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum durchsetzbar. Der EG-Vertrag gibt der Kommission zwar die Möglichkeit, Vorschläge vorzulegen, die höhere Qualitäts- und Sicherheitsstandards bei der Organspende sicherstellen; er erlaubt jedoch keine EU-Rechtsvorschriften in Bezug auf die Organisation und Praxis der Gesundheitsdienstleistungen und der medizinischen Versorgung.

Eine Zusammenarbeit bei Organspende und –transplantation könnte für einige der neuen Mitgliedstaaten, die aufgrund unzureichender Ressourcen im Gesundheitssystem vor größeren Schwierigkeiten stehen, von besonderem Nutzen sein. Harmonisierte Qualitäts- und Sicherheitsstandards könnten zudem einen verstärkten Austausch von Organen zwischen allen Mitgliedstaaten fördern und Patienten, die Organe in andere Mitgliedstaaten spenden, bzw. von dort erhalten, größere Sicherheit geben.

Das Konsultationspapier ist im Internet zu finden unter:

http://ec.europa.eu/health/ph_threats/human_substance/oc_organs/oc_organs_de.htm

KU Gesundheitsmanagement, 10/2006

Sandra Barghoorn, BFS Europa-Service, Büro Brüssel.

⁴ Improving the safety of blood and organ supply by creating the research infrastructure to monitor emerging pathogens and develop new screening tests: http://ec.europa.eu/research/fp6/ssp/botia_en.htm